

# Hoffnung auf neues Familienzentrum Hallschlag

■ Bad Cannstatt: Anschlussfinanzierung für Förderung des Kinder- und Jugendhauses fehlt – Gemeinderat hat darüber noch nicht entschieden

Die Akteure der Sozialen Stadt Hallschlag informierten über die Entwicklung des Familien- und Nachbarschaftszentrums. Nachdem die Machbarkeitsstudie vom Bezirksbeirat Bad Cannstatt begrüßt wurde, ist nun noch die reguläre Förderung des Kinder- und Jugendhauses Hallschlag nach 2013 offen.

VON IRIS FREY

Das überraschte bei der Pressekonferenz gestern auch die Stadträtinnen Beate Bulle-Schmid (CDU) und Marita Gröger (SPD). Sie erklärten, dass sie das noch nicht wussten, aber wiesen auch darauf hin, dass der Gemeinderat darüber noch nicht entschieden habe. Sowohl Gröger als auch Bulle-Schmid wollen in ihren Fraktionen über das Thema nochmals sprechen. So hat es nach Angaben von Peter Kriesel, Geschäftsführer des Kinder- und Jugendhauses Hallschlag, eine Kürzung der Mittel gegeben. Wie Stadtteilmanagerin Antje Fritz erklärte, gebe es eine Anschubfinanzierung von 90 000 Euro seit Anfang 2011 bis Frühjahr 2013 für das Kinder- und Jugendhaus. Mit der Jugendhilfeplanung habe es einen Konsens gegeben, dass danach eine Regelfinanzierung gewährleistet sein muss. Doch nach Angaben von Kriesel wurden die Mittel von 1,5 Millionen auf 0,5 Millionen Euro gekürzt. Das Jugendamt habe daraufhin auswählen müssen. Von 25 Einrichtungen seien noch acht übrig geblieben, so Kriesel, in dessen Einrichtung 65 Kinder kommen, davon 59 mit Bonus-Card. Kriesel hofft auf eine Fortentwicklung des Kinder- und Jugendhauses samt Familienzentrum, und dass alle Angebote aufeinander abgestimmt werden.



Peter Kriesel, Ulrike Bachir, Bettina Wahl, Matthias Klotzbücher, Antje Fritz und Peter Hoffmann (von links) setzen sich für das neue Familien- und Nachbarschaftszentrum im Hallschlag ein.  
Foto: Frey

Der ehrenamtliche Mitarbeiter der Kinder- und Jugendarbeit, Matthias Klotzbücher, sieht das neue Familien- und Nachbarschaftszentrum als wichtiges Zeichen und Anlaufstelle in dem Stadtteil, der sich derzeit so stark ändert wie noch nie. Peter Hoffmann von der AWO-Stuttgart freut sich auf die neuen Möglichkeiten, die sich auch für die Senioren ergeben würden. Die bisherigen Räume der Begegnungsstätte in der Düs-

seldorfer Straße und im Haus 71 Am Römerkastell seien unzureichend. „Hier bietet sich die Chance für etwas Neues, ein Familienzentrum mit Cafeteria, generationenübergreifend und mit Räumen für bestimmte Gruppen“, so Hoffmann. Bei den Seniorenwohnungen soll nicht sofort eine Betreuungspauschale erhoben werden. Gröger lobte das Konzept für das Nachbarschaftszentrum und regte eine Betreuunginsel an, auch

mit Möglichkeiten für pflegebedürftige Migranten. Ein möglicher Stolperstein bei dem Projekt sei, so Fritz, die Unterbringung von Flüchtlingen. Diese werde von den Bürgern kritisch gesehen. „Das kann man nicht verstehen, dass in das Gebäude, das Anfang 2013 abgerissen werden soll, noch 65 000 Euro zur Sanierung gesteckt werden“, so Fritz. Auch Projektleiterin Ulrike Bachir vom Amt für Stadtplanung und

Stadterneuerung hofft, dass der Zeitplan eingehalten werden kann. Sie werde noch Aufstockungsmittel beantragen, mit deren Genehmigung im kommenden März oder April zu rechnen sei. Mit diesen Geldern könnten dann der Abriss und Teile des Neubaus finanziert werden. Für Verwirrung sorgt indes eine Antwort aus dem Finanzreferat der Stadt, dass dort mit dem Penny-Markt für eine Verlängerung des Vertrags verhandelt wird, der Ende 2012 auslaufen würde. So hatte Axel Wolf, persönlicher Referent von Finanzbürgermeister Michael Föll, vergangene Woche zum Penny Markt erklärt: „Der Mietvertrag läuft bis zum 31. Dezember 2012. Wie unter anderem auch in der Cannstatter Zeitung zu lesen war, wird ein neuer Supermarkt im Römerkastell vermutlich erst Ende 2013 in Betrieb gehen können, so dass wir derzeit in Verhandlungen sind, den Vertrag entsprechend zu verlängern.“ Oberbürgermeister Wolfgang Schuster lässt indes auf die Pläne der Verwaltung verweisen. Beate Bulle-Schmid erklärte gestern: „Die Verwaltung ist sich offensichtlich intern nicht einig.“ Eine Antwort von Verwaltungsbürgermeister Werner Wölfe steht noch aus. Die Vertreter der Sozialen Stadt haben ihre Anliegen auch Oberbürgermeister Schuster in einem Schreiben Anfang März vorgetragen. Sie fordern Auskünfte über die fehlende Regelfinanzierung des Jugendamtes sowie zur Unterbringung der Flüchtlinge. Im Hinblick darauf, dass ein Gebäude erheblich finanziert werden muss, plädieren sie für nachhaltige Lösungen. Hier steht eine Antwort ebenfalls noch aus.  
■ Kontakt: iris.frey@caze-online.de, Telefon 955 68-25.